

## Antrag

---

der Fraktion der FDP

### **Die Berliner Pflege für die Zukunft vorbereiten!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftemangels und des demographischen Wandels sowie der damit verbundenen Auswirkungen für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und Pflegekräfte folgende Maßnahmen in der Pflegepolitik einzuleiten und umzusetzen:

1. Für eine umfassende Versorgung von pflegenden Angehörigen ist in Zusammenarbeit mit den Betroffenenverbänden zu prüfen, inwiefern eine digitale Plattform im Land Berlin für eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Koordination der Vermittlung von Pflege-, Betreuungs- und Beratungsangeboten, der Vernetzung von pflegenden Angehörigen und Selbsthilfegruppen, von Schulungsangeboten und Sprechstunden (auch mit Ärzten und Therapeuten) zweckdienlich ist und wie diese ausgestaltet werden kann.
2. Die Ergebnisse des Modellprojektes „Berliner Hausbesuche“ in den beiden Bezirken Charlottenburg-Nord und Neu-Hohenschönhausen sind zeitnah zu evaluieren. Bei einem positiven Ergebnis soll der Senat ein Konzept vorlegen, um das Projekt flächendeckend auf Landesebene auszuweiten.
3. Der im Kapitel „Gesundheit und Pflege“ des Koalitionsvertrags bis Ende 2022 angekündigte Plan zum dauerhaften Ausbau der Kurzzeitpflege soll folgende Aspekte enthalten:
  - a. die Evaluation und Auswertung der bisherigen Bemühungen des Senats zum Ausbau der Kurzzeitpflege (sowie Tages- und Nachtpflege) sowie die Erstellung eines Allokations- und Finanzplans zum bedarfsorientierten Ausbau dieser im Land Berlin,
  - b. die Sicherstellung von ausreichenden Angeboten der ambulanten Grundpflege und einer Notfallversorgung im Falle einer Verhinderung oder Erkrankung der pflegenden Angehörigen durch einen Ausbau der ambulanten Pflegedienste,

- c. die Entwicklung und Erprobung von Angeboten der Kurzzeitpflege für spezielle Zielgruppen (LSBTI-Angehörige, Migrantengruppen, pflegebedürftige Kinder und Jugendliche usw.)
  - d. den Ausbau von Palliativ- und Hospizversorgung für eine bedarfsgerechte Versorgung.
4. Eine repräsentative Studie über die Verbreitung des Phänomens „Cool-Out“ (Prozess einer moralischen Desensibilisierung) in Pflegeberufen im Land Berlin wird beauftragt (oder unterstützt), um ihm lösungsorientiert entgegenzuwirken.
  5. Angebote der Supervision, um Stress im Pflegeberuf besser zu bewältigen, werden ausgeweitet.
  6. Vor dem Hintergrund der hohen Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine prüft der Senat den Aufbau eines Modellprojekts mittels eines Rahmenvertrags zur Errichtung einer Pflegefachschule mit großer Kapazität durch einen geeigneten Träger, um im Land Berlin ausbildungs- und weiterbildungsinteressierte Geflüchtete aus der Ukraine unbürokratisch, zeitnah und unentgeltlich nach deutschen Pflegestandards auszubilden, wobei ebenfalls intensive Sprachtrainings durchlaufen werden. Die Interessen freier Träger sind dabei angemessen zu berücksichtigen. Osteuropäische Staaten und Städte, die viele Geflüchtete unterbringen, werden als potenzielle Partner verstanden, um dort vor Ort über das Angebot zu informieren.
  7. Der Senat soll ein Konzept erarbeiten, in dem er Strategien zur Heranführung der migrantischen Community in Berlin (einschließlich geflüchteter Personen mit Arbeitserlaubnis) an die Ausbildung von Pflegeberufen vorlegt. Hierbei ist insbesondere die kulturelle Ansprache für ältere Migranten und Geflüchtete zu berücksichtigen.
  8. Das im Kapitel „Gesundheit und Pflege“ des Koalitionsvertrags angekündigte Programm zur Rückgewinnung von Pflegekräften wird im Jahr 2022 eingeleitet. Um auch über-60-jährigen ausgebildeten Fachkräften eine weitere Teilnahme am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, werden in diesem Programm flexible Lösungen (u. a. Verrentungsmodelle) für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand geprüft.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2022 zu berichten.

### ***Begründung:***

Die Pflege ist ein systemrelevanter Bereich im Land Berlin, der es den Menschen ermöglicht trotz krankheits- oder altersbedingter Beeinträchtigungen in Würde und Selbstbestimmung zu leben und an der Gesellschaft teilzunehmen. Sie ist eine Stütze für Pflegebedürftige und Angehörige zugleich. Leider spiegelt sich dieser Wert nicht in den Arbeitsbedingungen oder der Lohnsituation wider. Damit verbunden ist ein sich durch den demographischen Wandel verstärkender Fachkräftemangel, der die Situation in der Pflege für alle Beteiligten verschärft. Aus diesem Grund muss der Senat frühzeitig handeln und die Berliner Pflege auf die Zukunft vorbereiten.

Für Menschen, die aufgrund von Pflegebedürftigkeit oder Pflegeverantwortung in ihren Möglichkeiten eingeschränkt sind oder soziale Isolation erleben, ist der Wert digitaler Informationsquellen essenziell. Sie bieten den Menschen potenziell kürzere Wege zu Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen. Aus diesem Grund ist es wichtig, den Nutzen einer digitalen Platt-

form zu prüfen, die in der Praxis Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen Orientierung in einem Informations- und Beratungslabyrinth gibt und soziale Teilhabe (bspw. über videounterstützte Gruppenkontakte) ermöglicht. Hierbei ist die digitale Infrastruktur der Plattform an den realen Bedarfen, Suchwegen und Kommunikationswünschen der Nutzer auszurichten.

Im Koalitionsvertrag (2021–2026) wurde festgelegt, das Modellprojekt “Berliner Hausbesuche“ zu verstetigen. Präventive Hausbesuche sind für einen längeren Verbleib in der Häuslichkeit wichtig und tragen zur Vermeidbarkeit und Verzögerung des Eintritts in die Pflegebedürftigkeit bei, da die Lotsinnen und Lotsen die Betroffenen frühzeitig und niedrigschwellig über die Angebotsstruktur informieren können. Vom Senat ist geplant, die Erprobungsphase zunächst zwei Jahre zu verlängern, inklusive der Erweiterung in weiteren Bezirken. Um die erwartbar steigende Anzahl an Betroffenen zu erreichen, ist es notwendig, die Erweiterung für das gesamte Land vorzunehmen.

Das Angebot an Kurzzeitpflege (sowie Tages- und Nachtpflege) ist seit Längerem nicht bedarfsgerecht. Hierbei liegt ein Mangel hinsichtlich der Anzahl und der Verfügbarkeit von Angeboten vor. Zudem braucht es kulturell sensibilisierte Angebote für bestimmte Zielgruppen. Dies hat auch die Koalition erkannt und im Koalitionsvertrag verankert, dass mit einer Kurzzeitpflegeinitiative neue Plätze geschaffen werden und bis Ende 2022 ein Plan des Ausbaus der Kurzzeitpflege vorgelegt wird. Es ist früh sicherzustellen, dass dieser Plan relevante Inhalte u. a. zur Finanzierung, zur ambulanten Pflege, zu spezifischen Bedarfsgemeinschaften und zur Palliativ- und Hospizversorgung aufweist.

Das Phänomen „Cool-Out“ in den Pflegeberufen ist schon seit den 1990er Jahren bekannt und wird von Prof. Dr. Karin Kersting als „Prozess der moralischen Desensibilisierung“ (Kersting, 2013) bezeichnet. Konkret bedeutet dies, dass Personen, die im Pflegebereich arbeiten, sich in einem Spannungsfeld zwischen dem normativen pflegefachlichen Anspruch im Sinne einer an dem individuellen Patienten und seinen Bedürfnissen orientierten Pflege und den ökonomischen Zwängen des Pflegealltags im Sinne der Anforderung an einer optimalen Funktionalität unter Zeit- und Personalmangel befinden. In der Konsequenz lernen laut Kersting Pflegende, sich gegenüber diesen Widersprüchen in den Anforderungen unempfindlich bzw. kalt zu machen und dementsprechend den in der Gesetzgebung fixierten pflegerischen Anspruch zu unterwandern und zugleich daran festzuhalten (vgl. Kersting, 2016). Der „Cool-Out“ beeinträchtigt die Bedürfnisorientierung in der Pflege zusätzlich. Um den negativen Tendenzen dieses Phänomens entgegenzutreten, bedarf es daher einer umfassenden Studie, um Daten über die spezifische Problemlage in den gesundheitlichen Einrichtungen im Land Berlin zu gewinnen.

Neben dem Phänomen des „Cool-Outs“ kann es durch unterbesetzte Stationen, überlastetes Personal und dem damit verbundenen Stressaufkommen zum Ausscheiden aus dem Beruf oder zum Burnout kommen. Um dem entgegenzuwirken sind Angebote der Supervision und des Stressabbaus auszuweiten, sodass stressreduzierende Mechanismen in den Alltag von Pflegekräften eingebaut werden können. Dadurch kann auch die Attraktivität der Pflegeberufe insgesamt erhöht werden.

Viele Menschen, die aus der Ukraine geflohen sind, wollen sich in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integrieren und die deutsche Sprache erlernen. Aus diesem Grund muss das Land Berlin verstärkt auf die Etablierung von Strukturen wie einer Pflegefachschule hinwirken, die speziell diese Menschen zügig, unproblematisch und unentgeltlich aus- und weiterbilden können. Mit der Etablierung einer solchen Schule für Geflüchtete aus der Ukraine und einer Bewerbung in osteuropäischen Ländern, wo viele zwischenzeitlich untergekommen sind, kann

zudem auf eine Schließung der Fachkräftelücke hingewirkt werden. Darüber hinaus braucht Berlin ein Konzept, um alle weiteren Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund für den Pflegeberuf zu begeistern. Mit Pflegekräften, die einen Migrations- oder Fluchthintergrund haben, können hochbetagte Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, die gesundheitlich eingeschränkt sind, besser versorgt werden und mit einem höheren Maß an Selbstbestimmung leben.

Laut einem Artikel des Tagesspiegels sind bundesweit 300.000 zusätzliche Pflegekräfte möglich, da sich ein Großteil der ausgeschiedenen Pflegekräfte eine Rückkehr in den Pflegeberuf vorstellen kann, sofern die Bedingungen arbeitnehmerfreundlicher sind. Diese Feststellung bezieht sich auf eine Studie der Arbeitnehmerkammer Bremen, der Arbeitskammer im Saarland und des Instituts Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen. So können sich insgesamt 60 Prozent der Ausgestiegenen eine Rückkehr in den Beruf vorstellen (vgl. Tagesspiegel vom 03.05.2022). Aus diesem Grund ist das angekündigte Programm im Koalitionsvertrag nicht nur anzustreben, sondern schon 2022 einzuleiten. Da sich der Fachkräftemangel durch den Renteneintritt der Babyboomer-Jahrgänge zusätzlich zu verschärfen droht, sind in diesem Programm auch Lösungsansätze zu prüfen, die über-60-jährigen ausgebildeten Fachkräften eine weitere Teilnahme am Arbeitsmarkt ermöglichen.

Berlin, 10. Mai 2022

Czaja, Bauschke  
und die weiteren Mitglieder  
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin